

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 11.03.2010

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:15 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:40 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:40 Uhr bis 21:20 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	16:30 Uhr bis 21:15 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	16:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertretung: Frau Ute Haupt
Herr Johannes Krause	SPD	Vertretung: Frau Hanna Haupt
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertretung: Herr Kley

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Da sich Herr Dr. Meerheim und Herr Bönisch aus verkehrstechnischen Gründen verspäteten, eröffnete Herr Geier mit Einverständnis der Mitglieder des Ausschusses die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Einführung, Stellenplan, Dezernat Oberbürgermeisterin, Dezernat Finanzen und Personal
Vorlage: V/2009/08484
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

- zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010
sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Einführung
Stellenplan
Dezernat Oberbürgermeisterin
Dezernat Finanzen und Personal
Vorlage: V/2009/08484**
-

Einführung

Herr Geier erinnerte daran, dass bereits zu mehreren Anlässen über die Gesamtsituation der Stadt Halle (Saale) in finanzieller Hinsicht informiert wurde. Die eigentliche Zielgröße des strukturellen Defizits war in der Finanzplanung für das Jahr 2010 mit 20 Mio. € veranschlagt. Durch verschiedene Faktoren belaufe sich dieses strukturelle Defizit im vorgelegten Haushaltsplanentwurf auf 50,2 Mio. €. Ein wesentlicher Grund für die Verschlechterung seien die fehlenden Zuweisungen. Immer mehr Aufgaben werden kommunalisiert, jedoch die Zuschüsse steigen nicht mit den Aufgaben. Dies sei auch ein wichtiges Ziel, welches

gegenüber dem Land bestehe: die Zuweisungen lt. FAG sollten aufgabenbezogen erfolgen. Verstärkend auf die finanzielle schlechte Situation wirke sich noch die Finanzkrise aus, die im Bereich der Einkommenssteuer negativ zu Buche schlage.

Seit dem Jahr 2002 wurden insgesamt ca. 100 - 110 Mio. € im städtischen Haushalt konsolidiert. Aufgrund der o. g. äußeren Faktoren seien die gewünschten Effekte kaum zu spüren. Diese Probleme haben andere vergleichbare Städte, wie z. B. Magdeburg, auch. Der Finanzstatus der großen Städte müsse unbedingt verbessert werden und erfordere konstatierte Aktionen der Verwaltungsspitzen und der Mitglieder des Landtages.

Er wisse, dass die Verwaltung einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt habe, der schwierige Diskussionen mit sich bringe. Er wünsche diesen einen guten konstruktiven Verlauf.

Zwischen den Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung wurde vereinbart, die globalen Fragen, z. B. Finanzplan, Haushaltskonsolidierung und participationsbericht sowie die Anträge von Fachausschüssen und einzelnen Mitgliedern des Finanzausschusses in der Abschlussberatung zu behandeln. Die Anträge sind den Finanzausschussmitgliedern spätestens bis zum 9. April 2010 zuzuleiten, damit eine Prüfung und Diskussion in den Fraktionen vor der Abschlussberatung möglich ist.

Allgemein wünschten sich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen mehr Erläuterungen. Dies würde die Beantwortung mancher Frage entbehrlich machen.

IST 2009

Die Mitglieder baten so schnell wie möglich (auf alle Fälle vor der Abschlussberatung am 13.04.2010) um die Übergabe des IST 2009.

Stellenplan

In Vorbereitung der Sitzung wurden den Mitgliedern statistische Unterlagen zu folgenden Themen per Mail übersandt bzw. auf Wunsch in Papierform übergeben:

- Beschäftigtenentwicklung
- Beschäftigtenprognose
- Stellenentwicklung
- Personalausgaben 2010
- Übersicht Transferpersonal
- Aus- und Fortbildung.

Weiterhin wurde eine Begründung der Personalausgaben- und Stellenveränderungen im Vergleich zum Haushalt 2009 übergeben.

Als Tischvorlage wurde der Vortrag von Frau Unger mit folgenden Schwerpunkten übergeben:

- Grundlagen der Personalkostenplanung
- Erläuterung Rechnungsergebnis 2009
- Haushaltsplanansätze 2010
- Mittelfristige Finanzplanung bis 2013.

Die o. g. Unterlagen sind vollständig in dieser Sitzung in Session eingestellt.

Nachdem Frau Unger den Vortrag gehalten hatte, begann die Diskussion, an der sich Frau Hintz, Frau Haupt, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Herr Weihrich, Herr Geier, Frau Schmidt, Frau Unger, Frau Hock, Herr Dr. Furchert, Frau Gruß und Herr Stallbaum beteiligten.

Frau Unger erläuterte auf Anfrage u. a., dass die Anzahl der Beamtenstellen im Verhältnis zu den alten Bundesländern in der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) deutlich geringer sei. Es werde darauf geachtet, dass die Ausweisung von Beamtenstellen nur bei der Bearbeitung

hoheitlicher Aufgaben erfolgt. Die Ausweisung von KW-Stellen (künftig wegfallend) ergebe sich aus den Ableitungen der Fachkonzepte und sei meist abhängig von Fallzahlen und Aufgaben. Bezüglich der Teilzeinitiative wurden auch die Beamten angesprochen. Diese können freiwillig auf Arbeitszeit verzichten. Da es sich aber zum größten Teil bei den Beamtenstellen um Feuerwehrleute handelt, sei der Beitrag der Beamten zur Teilzeinitiative im Verhältnis zu den Angestellten deutlich geringer. Bezüglich der Auswirkungen des neuen Tarifabschlusses (1,2 % ab 1.1.2010, Erhöhung des Leistungsentgeltes von 1 % auf 1,25 % sowie Übernahmegarantie für Auszubildende mit einer Abschlussnote von mindestens „befriedigend“) im öffentlichen Dienst auf die derzeitigen Planungen erklärte Frau Unter, dass sowohl in der Personalkostenplanung 2010 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung vorsorglich eine Tarifsteigerung von 1,5 % eingeplant wurde. Durch diese „Vorsorge“ könne der Tarifabschluss vom Februar / März 2010 abgefangen werden.

Herr Geier bestätigte, dass die Verwaltung die Überarbeitung der Fachkonzepte angehen und in die politische Diskussion einbringen werde. Die Optimierungspotentiale seien zum größten Teil erschöpft. Es bestehe aktuell die Aufgabe, bestehende Standards und Aufgaben zu überprüfen.

Die Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes avisierte Frau Unger. Im Jahr 2008 wurden von der Verwaltung 17 und im Jahr 2009 35 Berufsanfänger übernommen. Für das Jahr 2010 werde in Erwägung gezogen, vom Land Berufsanfänger aufzunehmen, da dieses angekündigt habe, nicht alle übernehmen zu können.

Es wurde an den Beschluss des Kulturausschusses zum Wegfall der KW-Stellen erinnert - Wiedervorlage in der Abschlussberatung.

Bei der Diskussion wurde die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen gebeten, deren Antworten im Nachgang zur Sitzung erfolgten, aber zur dienlicheren Handhabung der Niederschrift gleich eingearbeitet wurden.

1. Stellenplan

Wie viele befristete / unbefristete Arbeitsverhältnisse gibt es in der Stadtverwaltung?

Derzeitig sind in der Stadtverwaltung 2.545 Mitarbeiter/innen unbefristet beschäftigt. Ca. 32 Mitarbeiter/innen haben einen befristeten Zeitvertrag, darunter 16 Berufsanfänger nach Abschluss ihrer Ausbildung, die bis heute noch keinen unbefristeten Vertrag erhalten haben. Befristete Verträge werden geschlossen, wenn ein Sachgrund gegeben ist, wie zum Beispiel bei persönlichen Referenten, Elternzeitvertretung oder Krankheitsvertretung u. ä. Zusammenstellung der Neueinstellungen für die Jahre 2008 und 2009:

		2008	2009
Berufsanfänger		17	35
externe Einstellungen	befristet	16	10
	unbefristet	25	20
Summe		58	65

2. TOO GmbH

6 Personen haben dem Betriebsübergang in TOO GmbH widersprochen. In welchem Unterabschnitt und in welcher Haushaltsposition ist die Einnahme der Erstattung von der TOO GmbH für diese Mitarbeiter ersichtlich?

Wie ist der derzeitige Stand zur weiteren Verfahrensweise mit diesen Mitarbeiter/innen?

Im Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 2009 sind Einnahmen in Höhe von 438,1 T€ verbucht und verteilen sich auf verschiedene Finanzpositionen. Diese Angaben erscheinen erst im Haushaltsplan 2011.

Status der Mitarbeiter und weitere Verfahrensweise:

- 1 Auflösungsvertrag zum 31.12.2009, in 2010 Abfindungszahlung fällig
- 1 befristeter Arbeitsvertrag (endet 2011)
- 1 Mitarbeiterin ist nachträglich zum 01.09.2009 durch TOO GmbH wieder übernommen worden. Widerspruch zurückgezogen.
- 1 Mitarbeiterin ist zurzeit im Sozialamt tätig
- 1 Mitarbeiterin besetzt eine neu eingerichtete Sozialstelle im Büro der OB
- 1 Mitarbeiterin befindet sich bis 10/2010 in Elternzeit

Weiterhin werden noch bis 2011 zwei Mitarbeiter in der Freizeitphase der Altersteilzeit geführt.

3. Funktionalreform

Welche Aufgaben wurden von der Stadt Halle (Saale) vom Land Sachsen-Anhalt im Rahmen der Funktionalreform übernommen?

Wie viel Zeitanteile wurden für diese Aufgabe vom Land berechnet?

Wie viele Mitarbeiter/innen wurden vom Land übernommen?

Die Aufgaben, die vom Land durch die Stadt Halle übernommen wurden, sind in der nachfolgenden Tabelle in der ersten Spalte dargestellt.

Bei den Stellenanteilen mit einer Aufgabenerledigung unter 0,5 Vollzeitstellen erfolgte keine personelle Zuordnung durch das Land. Diese Aufgaben decken zurzeit in der Stadt bereits vorhandene Mitarbeiter mit ab. Vom Land wurde nur eine grobe Aufwandsbemessung vorgelegt. Deshalb werden im 1. Halbjahr 2010 Fallzahlen in den Bereichen ohne Personalübernahme erhoben, um festzustellen, welcher konkrete Bedarf durch welche Aufgabe verursacht wird. Sollte es sich dabei zeigen, dass das vorhandene Personal für die Aufgabenwahrnehmung nicht ausreicht, müssen Stellen/Stellenanteile neu geschaffen werden.

Zum 01.01.2010 wurden insgesamt 5 Mitarbeiter durch die Stadt Halle vom Land Sachsen-Anhalt übernommen, darunter eine Beamtin für die Aufgaben nach § 2 und § 5.

Aufgabe	mit / ohne Personal	Strukturelle Zuordnung
§ 1 Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetz	X	Amt 50 - 3 VZS Ressort 50.0 Team Bundeselterngeld/Allg. Vw
§ 2 Kindertagesstätten und Schulfahrten	X ↑	Amt 51 - 1 VZS Ressort 51.1 Team Steuerung der Jugendhilfe
§ 3 Anerkennung ambulanter Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche	X	Amt 53 Ressort 53.1, Team Hygiene
§ 4 Zulassung von Drogen- und Suchtberatungsstellen	X	Amt 53 Ressort 53.4, Team Soz.-psych. Dienst
§ 5 Ehrenamt in der Jugendhilfe	X (mit § 2)	Amt 51 Ressort 51.1 Team Steuerung der Jugendhilfe
§ 6 Artenschutz	X ↓	Amt 31 Ressort 31.1, Team UNB
§ 7 Aufgaben der Umwelt- und Naturschutzverwaltung	X	Amt 31 Ressort 31.1 Team UIB, UAB, UWB
§ 8 Registrierung von Futtermittelunternehmen	X	Amt 53 Ressort 53.5
§ 10 Anerkennung und Überwachung von Trägern der Mofa-Ausbildung	X	Amt 33 Ressort 33.1 Team Fahrerlaubnisbehörde
§12 Handelsklassenüberwachung Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eier, Geflügelwirtschaft	X	Amt 53 - 1 VZS Ressort 53.5
§ 13 Aufgaben nach der KlärschlammVO und DüngeVO	X	Amt 31 Ressort 33.1, Team UAB, UNB
§ 14 Forsthoheit	X	ggf. Kooperation mit dem Saalekreis

4. Krankheitszeiten

Welcher Anteil ist in der Stellenbemessung für Krankheit und Urlaub eingerechnet?

Eine Personalreserve zur Vertretung von Krankheitsausfällen vorzuhalten, ist haushaltsrechtlich nicht zulässig. Im Stellenplan sind nur solche Stellen zu führen, die zur Erfüllung der (konkreten) Aufgaben unbedingt erforderlich sind.

Eine Reserve für unvermeidbare Ausfälle wird systematisch bereits bei der analytischen Stellenbemessung berücksichtigt. Nach dem bei der Stadt Halle angewendeten Bemessungsverfahren der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) werden in der Regel folgende Abschläge unterstellt, um einem Durchschnittsrichtwert für eine „Normalarbeitskraft“ bei einer 5-Tage-Woche zu erhalten:

- Krankheit 13,75 Tage/Jahr
 - Urlaub 33,80 Tage/Jahr

Summe: 47,55 Tage/Jahr
 (KGSt-Handbuch Org.-Management, © 2006 KGSt Köln)

5. Beamtenstellen

Wie hat sich die Anzahl der Planstellen für Beamte seit 2009 entwickelt?

Beamtenplanstellen	Zugang	Abgang	Bestand
Im Stellenplan 2009 enthalten			402
Schaffung zusätzliche Stellen im Rettungsdienst	+8		
Umwandlungen von Beschäftigtenstellen in Beamtenstellen, da zur Besetzung mit Beamten vorgesehen	+2		
Rückwandlungen Beamtenplanstellen in Beschäftigtenstellen, da mit Beschäftigten besetzt und keine Verbeamtung vorgesehen ist (soll im Stellenplan 2011 fortgesetzt werden)		-8	
Streichung unbesetzte Planstellen A6 im mittleren Dienst (nicht mehr für Stellenkegel erforderlich)		-3	
Streichung Planstellen im Rettungsdienst (Umsetzung des Fachkonzeptes)		-2	
Summe	+10	-13	-3
Im Stellenplan 2010 enthalten			399

Dezernat OB

Stabsstelle 411 Kulturbüro

Herr Stallbaum führte auf Nachfrage u. a. aus, dass die Schwankungen der geplanten Ausgaben für Mitgliedsbeiträge mit der zyklischen Verleihung des Preises „Das unerschrockene Wort“ zusammenhängen. Die Höhe des Ansatzes ergebe sich aus der Multiplikation eines Wertes mit der Einwohnerzahl. Er wies darauf hin, dass im Jahr 2012 das Lutherjahr stattfindet. Zu den geplanten Einnahmen für die Nutzung der Bühne auf der Peißnitzinsel erläuterte Herr Stallbaum, dass eine steigende Tendenz auch durch private Nutzer zu bemerken sei. Die Preise für die Bühne errechnen sich lt. geplanter Besucheranzahl.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Zuschüsse an übrige Bereiche (HHSt.: 1.3400.718000) des Unterabschnittes Sonstige Kunstpflege zu untersetzen.

Nach der Zuordnung des Objektes Kulturtreff Neustadt an den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement sind die Einnahmen aus der Vermietung sowie die Nutzung allgemein deutlich zurückgegangen. Die Verwaltung wird um Überprüfung gebeten, ob die Zuordnung optimal gewählt wurde.

Kulturreferentin

Frau Schmidt betonte, dass für die gesamte Laufzeit des Vertrages ein Zuschussbetrag durch den Stadtrat festgelegt wurde. Das Kuratorium der TOO GmbH habe das Recht und die Pflicht, aus diesem Zuschuss einen Wirtschaftsplan zu erstellen. Nähere Erläuterungen sollten ggf. im Kulturausschuss nachgefordert werden.

Die Verwaltung wurde um Auskunft zu folgenden Fragen gebeten:

- Wann wird der Wirtschaftsplan der TOO GmbH vorgelegt?
- Muss der Wirtschaftsplan der TOO GmbH als Anlage dem Haushaltsplan vor Beschlussfassung beigefügt werden?
- Was passiert, wenn dieser nicht fristgerecht in beschlossener Form vorliegt?

Stabsstelle 390 - Gleichstellung

Hinsichtlich der Personalkosten erläuterte Frau Schmidt, dass diese auch ohne Stellenreduzierung abgesenkt werden konnten, da eine Bedienstete eine Arbeitszeitreduzierung vorgenommen habe. Die inhaltliche Diskussion über die Bewirtschaftungskosten und Aufgaben des Bürgerladens im Falladaweg sowie die organisatorische Zuordnung sollte im Fachausschuss diskutiert werden.

Amt 01 - Büro der Oberbürgermeisterin

Auf Nachfrage führte Frau Schmidt aus, dass die neue Entschädigungssatzung noch nicht eingearbeitet wurde, da diese noch in der Erarbeitung sei.

Die Verwaltung wird gebeten, im Unterabschnitt 0000 - Stadtrat und Ausschüsse - eine Einzelaufstellung je Fraktion in den Haushalt aufzunehmen.

Die Verwaltung wurde um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

Was verbirgt sich hinter der Haushaltsstelle 658000 Ausstattung der Stadtratssitzungen des Unterabschnittes 0000 - Stadtrat und Ausschüsse?

Wie ist das IST 2009?

Warum wurde dieser Ansatz gegenüber 2009 so abgesenkt?

Wo sind die Kosten für den geplanten Umzug der Fraktionen in das Stadthaus geplant?

Unterabschnitt 0010 - Büro der Oberbürgermeisterin

Haushaltsstelle 586000 Sachausgaben eigener Veranstaltungen

Die Verwaltung wurde gebeten, eine Aufstellung mit folgendem Inhalt zu übergeben:

- IST 2009
- Für welche Einrichtungen wurden Freikarten verschenkt?
- Wer hat diese Freikarten erhalten?
- Wie ist die Detailplanung für die Verwendung der Mittel für das Jahr 2011?

Als wichtigste Positionen, aus welchem Grund sich die Personalkosten im Unterabschnitt 0010 - Büro der Oberbürgermeisterin ändern, wurde aufgeführt:

- | | |
|---|-----------|
| ➤ Verschiebung des Planansatzes für Beamtenversorgung aus UA 0030 | +120,0 T€ |
| ➤ Stellenneuschaffung „Büroassistentz“ | +26,8 T€ |
| ➤ Verschiebung Seniorenberatung aus UA 4000 | +45,2 T€ |

Amt 14 - Rechnungsprüfungsamt

Zu diesem Amt wurden keine Rückfragen gestellt:

Dezernat I - Finanzen und Personal

Stabsstelle 012 - Strategische Steuerung / Haushaltskonsolidierung

Zu dieser Stabsstelle wurden keine Rückfragen gestellt.

Amt 13 - Amt für Kommunikation, Datenverarbeitung und Zentrale Dienste

Zum Zeitplan für die Bildung des Hauptamtes informierte Herr Geier, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados eine schriftliche Beantwortung auf eine thematisch gleichlautende Frage im Stadtrat zugesagt habe (Kopie wurde im Nachgang zu dieser Sitzung in Session eingestellt), der er nicht vorgreifen möchte. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung waren der genaue Fahrplan und die Zahlungsströme noch nicht klar. Bezüglich der erwarteten Optimierungen im Fuhrpark- und Telekommunikationsbereich plane er Änderungen nach der bereits durch das Dezernat I erhobenen Analyse der Ist-Situation und der Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Haushaltsstellen 529000 - Wartung Hardware sowie 529100 - Wartung Hardware - Zentrale Mittel der Unterabschnitte 0210 (DV-Koordination) und 7740 (Hilfsbetrieb der Datenverarbeitung) zu untersetzen.

Welche Verkaufserlöse werden in der Haushaltsstelle 130000 des Unterabschnittes 7740 (Hilfsbetrieb der Datenverarbeitung) eingenommen? Die Verwaltung wurde um eine Aufstellung gebeten.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Aufstellung der Aufsichtsratsmitglieder in den städtischen Gremien im Session zu aktualisieren. (Diese Bitte wurde an die fachlich zuständige Geschäftsstelle des Stadtrates weitergeleitet.)

Die Mitglieder kritisierten, dass die Wartezeiten für den Aufbau der Seiten für das Programm Session und die Recherche sehr lange dauert.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stellten mit Verwunderung fest, dass die geplanten Ausgaben für die Thematik E-Government sinken. Herr Dr. Furchert wies darauf hin, dass auch der Bereich der Haushaltsdisziplin unterliege. Herr Geier betonte die hohe Priorität dieser Thematik. Auch die Stadt Halle (Saale) sollte und könne sich dem Modernisierungstrend nicht entziehen.

Zur Umsetzung des Projektes „Einheitlicher Ansprechpartner“ gemäß der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie führte Herr Dr. Furchert aus, dass die Umsetzung IT-technisch erfolgte. Der Pflichtteil sei umgesetzt. Die Möglichkeit wurde aber bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einmal genutzt. In anderen Städten sei die Situation vergleichbar. Im Bundesland Hessen wurden 300 Fälle von Inländern nach sehr starker Werbung verzeichnet.

Mitglieder mehrerer Fraktionen mahnten an, für das Haushaltsjahr 2011 Mittel für die EDV-Ausstattung der Fraktionen einzuplanen, da diese zum Teil sehr veraltet sei.

Amt 11 - Amt für Organisation und Personalservice

Bezüglich des Ansatzes für die Ausbildungskosten führte Frau Unger aus, dass die Ausbildung bei der Feuerwehr nur alle zwei Jahre stattfindet und aus diesem Grund deutliche Sprünge in der Ansatzhöhe zu verzeichnen sei. Die Ausgaben für die Doppikschulungen seien beim Doppikprojekt geplant.

Die Frage, wo die Einnahmen aus den privaten Fernmeldeentgelten gebucht (bis 2008 in der Haushaltsstelle 150300 des Unterabschnittes 0220 – Personalservice) sind, wurde im Nachgang der Sitzung beantwortet:

Die Einnahmen der Fernmeldeentgelte für Privatgespräche werden im UA 0220 für alle Mitarbeiter der Stadt vereinnahmt und per Rechnung an den Eigenbetrieb für ZGM ausgegeben. Es handelt sich um zweckgebundene Mehreinnahmen für Mehrausgaben, die nach § 17 GemHVO LSA den Haushaltsvermerk „unechte Deckungsfähigkeit“ (UD) tragen. Mit diesem Haushaltsvermerk wird kein Haushaltsansatz geplant.

Verwaltungshaushalt 2010 Version 40						
Einzelplan	0	Allgemeine Verwaltung		0220		
Unterabschnitt	0220	Personalservice				
Haushaltsstelle			Haushaltsansatz		Rechnungs- ergebnis	Bew.
Nr.	Bezeichnung	HH- Vermerk	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	Stelle
1	2	3	4	5	6	7
1.0220	Einnahmen					
140500	Ersatz Bewirtschaftung aus VJ		100	0	1.426	002
150000	Sonstige Verwaltungs-u.Betriebseinnahmen		5.700	5.500	9.117	002
150300	Private Fernmeldeentgelte Stadtverwaltung	UD	0	0	26.345	002

Zur Anzahl der bei der Stadt Halle (Saale) beschäftigten Ärzte erläuterte Frau Unger, dass diese aufgrund der sehr unterschiedlichen Aufgaben getrennt im Personalbereich sowie im Gesundheitsamt eingesetzt seien. Der betriebsärztliche Dienst sei aufgrund des ganzheitlichen Ansatzes des Gesundheitsmanagements im Amt für Organisation und Personalservice angesiedelt.

übergreifende Personalmaßnahmen

Zu diesen Unterabschnitten wurden keine Nachfragen gestellt.

Amt 20 - Amt für Finanzservice

Zum Stand der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens informierte Herr Geier, dass wesentliche Meilensteine, wie zum Beispiel die Bewertung des Vermögens der Stadt Halle und die Politphase, schon abgeschlossen seien. Nun erfolgen die Schulungen der Nicht-Pilotämter und auch der Stadträte. Ziel sei der Beginn der Schulungen vor der Sommerpause und der Abschluss im September / Oktober 2010.

Amt 30 - Rechtsamt

Zur Zukunft des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen erläuterte Herr Willecke, dass eine Aufgabenkritik durchgeführt wurde und zukünftig nur noch 5 Mitarbeiter in diesem Bereich tätig sein werden. Diese bearbeiten hauptsächlich die Widersprüche und die Entschädigungszahlungen.

Sonstige

Auf Nachfrage, warum keine globale Minderausgabe im Sachausgabenbereich durch die Verwaltung eingeplant worden sei, um die politische Diskussion anzuregen, führte Herr Geier aus, dass der Ansatz globaler Minderausgaben bedenklich sei. Im Jahr 2009 wurde diese „Hilfskrücke“ genutzt, um einen beschlossenen Haushalt zu erhalten. Das Landesverwaltungsamt habe jedoch eine haushaltsstellenkonkrete Aufsplittung nachgefordert. Er sehe ohne Aufgabenkritik keine wesentlichen Kürzungsmöglichkeiten.

Die Mitglieder des Ausschusses nahmen die Überschreitung des geplanten strukturellen Defizits zur Kenntnis und baten die Verwaltung bis zum 18. März 2010 um einen Bericht,

1. welche Maßnahmen im Vorfeld bei der Planerarbeitung ergriffen wurden, um diese Entwicklung abzuwenden,
2. welche konkreten, terminlich festgelegten Schritte jetzt vollzogen werden,
3. welche Strategie die Verwaltung verfolgt und
4. wie der Stadtrat einbezogen werden soll.

Aufgrund eines Hinweises eines Ausschussmitgliedes wurde die Erwartung geäußert, dass das Konzept zum Abbau des Altdefizits aktualisiert wird, falls sich avisierte erhebliche Veränderungen bestätigen sollten.

Zur Thematik der Steuerentwicklung informierte Herr Geier, dass diese ausgewogen beplant sei und die Punkte: Anpassung der Grundsteuer B, Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, Finanzkrise und Orientierungsdatenerlass Berücksichtigung fanden.

Entwicklung des Ansatzes FAG - Unterabschnitt 9010

Die Mitglieder baten um eine Zuarbeit, auf welcher Grundlage welche Zahlen eingestellt wurden) und ob in den Haushaltsplanansätzen die Rückzahlung aus dem Jahr 2009 bereits gegengerechnet wurde.

Im Hinblick auf die PPP-Raten wurde darauf hingewiesen, dass ein Teil der Ausgaben im Einzelplan 9 und der andere Teil in den Bereichen Schulen und Kita geplant seien.

Zuführungen zwischen VWH und VMH - Unterabschnitt 9110

Die Verwaltung wurde um eine Aufstellung gebeten, wie sich die Haushaltsstelle 280900 Zuführungen vom Vermögenshaushalt (Teilausgleich Altfehlbeträge) im Jahr 2008 entwickelt hat und wie viel Mittel genau für welche Maßnahme in den städtischen Haushalt geflossen sind. Sollten sich aus dem Abbau im Jahr 2009 Änderungen für 2010 ergeben, wird ein entsprechendes Änderungsblatt erwartet. Da es ein übergreifendes Thema ist, erfolgt die Wiedervorlage der Antwort zur Abschlussberatung.

Allgemeine Finanzwirtschaft - Unterabschnitt 9100 (VMH)

Es wurde ausgeführt, dass die Ansätze für die Umschuldung von Krediten im Zahlenwerk nicht mit den Aussagen im Vorbericht übereinstimmen. Warum hat sich die Planung so verändert?

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

STARK II

Die Verwaltung avisierte eine entsprechende Verwaltungsvorlage. Die Mitglieder baten um eine Aufstellung, ob das Programm STARK II bereits im Haushaltsplan berücksichtigt wurde und wenn ja, an welchen Stellen konkret.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

zu 7 mündliche Anfragen

zu 8 Anregungen

Zu den Tagesordnungspunkten 6 - 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin